

# Die Baugewerkschaft

## Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 2.— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.  
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: Insetate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorsitzenden.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.

Postcheck-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Inseraten-Geschäftsstelle: Berlin O 17, Rüdersdorfer Straße 60. Tel.: Amt Königstadt 4337.

(Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserate u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 52.

Berlin, den 29. Dezember 1912.

13. Jahrgang.

### Wandlungen

## des organisierten Unternehmertums in der Stellung zum Tarifvertrag.

II.

Seit haben die Unternehmer wohl eingesehen, daß die verschiedensten Mittel nicht vermochten, die Erstarkung der Gewerkschaften zu verhindern. Ja, sie waren oft unsere besten Agitatoren, es ist sehr fraglich, ob die Arbeiterorganisationen ohne den rücksichtslosen Kampf solche Erfolge erzielt hätten. So wurden ungeahnte Fortschritte gemacht, überall forberten die Arbeiter die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag. Hier und dort kommt es zum Kampf, der mit Ausdauer auf beiden Seiten geführt wird. Dem Absolutismus in Gewerbe läuten die Sterbeglocken, er wehrt sich jedoch noch einmal mit aller Entschiedenheit. An Stelle der Zwänge tritt die moderne Organisationsform, der Arbeitgeberbund, der die Aufgabe hat, die Unternehmerräfte zu zentralisieren. Auf Angriffe der Gewerkschaften antworten die Unternehmer mit der Aussperrung. Der Kampf entzündet auf der ganzen Linie, an einigen Stellen werden die Arbeiter gar zurückgeschlagen oder doch erfolglos zurückgedrängt. Die Unternehmer müssen sich schließlich überzeugen, daß der Tarifgedanke siegreich marschiert. Überall gelingt es den Arbeiterorganisationen die Tarifverträge im Baugewerbe einzuführen. In der öffentlichen Meinung hat sich ein Umschwung vollzogen. Daß die Miesbetriebe eine andere Beurteilung finden müssen, daß heute nicht dem Unternehmer allein die Sympathie zukommt, wie vor Jahrzehnten, ist einleuchtend. Das kommt nicht in letzter Linie daher, daß in den Jahren ein anderer sozialer Geist seinen Einzug gehalten hat. Der große Bergarbeiterstreik 1905 zeigt den Unternehmern, daß die öffentliche Meinung den Herrschaftspunkt entschieden verurteilt. Es ist keine Frage, dieser große Kampf war für die Unternehmer eine heilsame Lehre. Seit dieser Zeit werden die Verhandlungen mit den Arbeiterführern nicht mehr abgelehnt wie früher, und wir hören nicht selten, daß sich die Arbeitgeberverbände für den Tarifvertrag erklären.

Ein anderer wichtiger Umstand muß aber noch in Rechnung gestellt werden. In den Städten, in welchen die ersten Tarifverträge abgeschlossen waren, machen die Unternehmer die Erfahrung, daß sich mit dem Tarifvertrag sehr wohl auskommen läßt. Die Streitigkeiten mit den Arbeitern verändern sich, oder kommen gar nicht mehr vor. Ja, noch mehr! War es früher keine Seltenheit, daß jeder Unternehmer jede Woche einige Male zum Gewerbegericht gehen mußte, so hört dieses jetzt auf. Da der Tarifvertrag Rechte und Pflichten genau umschreibt, so müssen die Streitpunkte verringern. Dazu kommt weiter die Einsicht, daß es bei dem tolen Submissionswesen wenigstens einen festen oder doch sich nicht plötzlich ändernden Faktor gibt, das sind die geregelten Löhne. Auch der Schmutzkonkurrent muß mit diesen Tariffachen rechnen. Verschiedene Unternehmer sehen auch ein, insbesondere diejenigen, die den Tarif auch etablieren, daß die Gewerkschaften doch nicht in den Betrieb hineinkommen. Wozu also noch den Kampf führen, es ist besser, wir finden uns mit dem Tarifvertrag ab, denn zu beseitigen sind die Gewerkschaften doch nicht mehr. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Arbeitgeber im Baugewerbe größere Freunde

des Tarifvertrags geworden wären, wenn nicht andere Faktoren die Entwicklung gehemmt hätten. Die Presse des organisierten Unternehmertums behauptet ja jeden Tag, die Gewerkschaften seien die eigentlichen Friedensstörer. Sicher ist aber das, daß der Radikalismus in Arbeitgeberkreisen durch den Arbeitgeberbund geschaffen wurde. Es gibt nicht nur einen Radikalismus in Arbeiterkreisen; gewiß hat es gerade anfangs Kollegen gegeben, die mit dem Kopf durch die Wand wollten. Der Bund wollte viel leisten, er versprach keine Lohnerhöhung mehr zu gestatten. So wurde die Wirklichkeit ignoriert und eine wahre Kampfesstimmung geschaffen. Geführt wurde die Bewegung nicht von einem Führer, sondern von Führern und leider nicht selten von Männern, die nicht mehr unternehmen können oder nur ungern mit den Gewerkschaften paktieren. Die Tarifentwicklung konnten sie alle nicht verhindern. Nun da man doch einmal mit dem Tarifvertrag rechnen mußte, benutzte man ihn als Mittel zum Zweck. Der einseitige Ablaufstermin ermöglichte die Generalaussperrung; ein Ziel, für das Herr Baurat Felsch seine ganze Kraft einsetzte. Als es dann im Februar 1908 dem Arbeitgeberbund gelungen war, ein einseitiges Vertragsmuster aufzustellen, wurde planmäßig auf die Aussperrung hingearbeitet. Mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe war der Arbeitgeberbund genötigt gewesen, sich der Tarifverträge anzunehmen. Nun boten die Tarifverträge selbst mit dem einseitigen Ablaufstermin Gelegenheit, die Gewerkschaften durch eine Aussperrung über das ganze Reich aus der Welt zu schaffen. Anträge wurden zu den Verhandlungen gestellt, von denen man vorher wußte, sie waren für die Arbeiterorganisationen unannehmbar. Über das war ja auch der eigentliche Zweck, um eine Gelegenheit zum Kampf zu haben. „Kein schwächliches Nachgeben, es werden nur Verträge angenommen, die unsere Bedingungen enthalten, sonst wird ausgesperrt.“ Hier wurde schon vor Jahren auf ein energisches Vorgehen im Jahre 1910 gedrungen, hier fiel in einer der Versammlungen das Wort: „Der Dreizehner-Kommission ist aufzugeben, dafür zu sorgen, daß der Vertrag in diesem Sinne (d. h. nur nach den Wünschen der Interessengemeinschaft) geändert wird. Er muß so lauten, daß ihn die Arbeiterführer nicht annehmen dürfen und deshalb zum Streit gezwungen werden.“ (Die Stellung Berlins zu dem Tarifkampf des deutschen Baugewerbe im Jahre 1910. Seite 51.) Das war der Geist, in dem der deutsche Arbeitgeberbund 1910 und in den Vorjahren geleitet wurde. Baurat Felsch hat ja in der Sitzung vom 8. April deutlich erklärt, weshalb der Kampf geführt werden sollte: „Schließlich wollen wir denn doch nicht immer Anstoß sein; wir sind, weiß Gott, nun schon lange genug Anstoß gewesen, schon ein Jahrzehnt. Da werden wir doch dazu gebracht, endlich zu versuchen, wieder einmal Hammer zu werden.“ Diese Ausführungen und die ganze Taktik des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe kann man nur begreifen, wenn man sich bewußt ist, daß die Tarifverträge nur unter dem Druck der Verhältnisse, nicht aber aus Ueberzeugung abgeschlossen worden sind. Nie und nimmer wird die organisierte Arbeiterschaft die Absicht gehabt haben, gegenüber den Unternehmern den Hammer zu spielen. Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen wird es aber auch sein, zu verhindern, daß sie selbst Anstoß sein müssen.

Wer den Tarifvertrag aus innerster Ueberzeugung will, kann nicht die Vernichtung des anderen Tarifkontrahenten wollen. Im Augenblick der Verhandlungen hat die eine Partei an der Schwelle der anderen ein großes Interesse, denn so werden

ihre die größten Erfolge. Aber läusche man sich doch nicht. Die aufgestellten Bedingungen stehen erst auf dem Papier, sie müssen, sollen sie praktische Bedeutung erlangen, verwirklicht werden. Ist die eine Vertragspartei vernichtet oder auch nur zur Ohnmacht verurteilt, dann müssen dauernde Kämpfe für die Durchführung des Tarifvertrages geführt werden. Das hat die praktische Erfahrung zur Evidenz bewiesen, die Tarifverträge bedeuten einen Kompromiß, ein Nachgeben auf beiden Seiten. Es ist nicht zu bezweifeln, die Radikalen im Arbeitgeberlager sowie auch in den Reihen der Gewerkschaften werden nie auf ihre Rechnung kommen. Wer den Tarifvertrag nicht als Mittel seiner einseitigen Interessen, sondern auch als Friedensdokument betrachtet, wird einer vernünftigen Einsicht aber niemals einem unversöhnlichen Kampf das Wort reden dürfen.

Ein Einwand muß hier noch kurz erörtert werden. Die Gewerkschaften, so wird behauptet, haben aber die Unternehmer provoziert und daher den Kampf selbst mitverschuldet. Diese Auffassung ist irrig. Der Hauptgrund der Unternehmung sich gegen den Tarifvertrag zu stemmen ist der, sie können es immer noch nicht verschmerzen, daß sie von dem einseitigen Recht der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen haben Abstand nehmen müssen. Dazu kommt dann noch, daß die Gewerkschaften oft genötigt sind, die Unternehmer zur Durchführung des Tarifvertrages anzuhalten, was diesen vielfach ganz falsch ausgelegt wird. Aber von den Arbeitern sind auch Fehler gemacht worden? Wer wollte das leugnen! Die Gewerkschaften mußten ihre Sturm- und Drangperiode erst durchmachen. Gerade das für Massenbewegungen so notwendige Führertalent mußte sich zunächst herankämpfen. Wie überall, so hatten anfangs die Draufgänger in den Versammlungen das Wort. Sozialwirtschaftliche Einsicht, taktvolles Auftreten bei den Verhandlungen, kollegiales und doch ein Benehmen, wie es eine Leitung braucht, sind Eigenschaften, die erst mühevoll errungen werden müssen. Dazu kam, daß die Arbeiterschaft auf einmal einsah, wie die Einigkeit Macht verleiht. Lange war jede Meinung unterdrückt worden, manches Unrecht wurde schweigend erduldet. Es ist nicht so verwunderlich, wenn die errungene Macht anfangs nicht richtig in einzelnen Fällen angewandt wurde. Im Allgemeinen muß jedoch konstatiert werden, daß die auf die Tarifbewegung geleiteten Hoffnungen sich erfüllt haben. Und haben die Unternehmer nicht auch Fehler begangen? Wer ohne Sünde ist, hat das Recht, den ersten Stein zu werfen. Freilich diejenigen, die glaubten, der Tarifvertrag würde die Interessengegenstände beseitigen, sind enttäuscht. Sie erwarteten etwas, was außerhalb der Möglichkeit liegt.

Es ist noch kurz an einen Vorgang im Jahre 1910 zu erinnern, und das ist die Tatsache, daß einige Großstädte, darunter Berlin, den Kampf nicht mitmachten. Große Hoffnungen sind an diese Vorgänge geknüpft worden. Man kann zugeben, daß Berlin über die meiste Erfahrung mit dem Tarifvertrag verfügte, vielleicht haben sich auch die Berliner Bauunternehmer mit dem Tarifvertrag abgefunden. Ob aber aus tatsächlichen Erwägungen, weil man die Niederlage voraussah, oder ob tatsächliche Gründe bei der Ablehnung des Kampfes den Ausschlag gaben, das muß abgewartet werden. Falls wäre es auf die Uneinigkeit der Unternehmer irgendeiner Hoffnung zu setzen, die gemeinsamen Interessen werden sie auch wieder zum gemeinsamen Handeln bringen.

Siehe wir die Bilanz aus unseren Ausführungen, so ergibt sich ungefähr folgendes: Durch den Zusammenschluß erreichen die Arbeiter eine Fest-



legung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bei einzelnen Unternehmern. Bald dehnt sich jedoch der Tarifvertrag über Städte und Bezirke aus, bis schließlich das ganze Baugewerbe tariflich geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verzeichnen hat. Die Unternehmer sind Gegner des Tarifvertrags. Bei ihnen haben wir mehr eine Wandlung der Taktik und der Anwendung der Kampfmittel zu buchen, als eine Wandlung in der Stellung zum Tarifvertrag. Bis 1907 führen einzelne Orts- und Bezirksverbände den Kampf gegen die Gewerkschaften. Dann wird ein einheitliches Vertragsmuster aufgestellt und der Tarifvertrag selbst benutzt, um einen Vernichtungskampf gegen die Gewerkschaften führen zu können. Bedingungen werden aufgestellt, die die Verhandlungen zum Scheitern bringen sollen. Dabei wird die Organisation ausgebaut, die Generalausperrung ist das bedeutendste Kampfmittel. Dabei werden aber auch noch kleine Mittel, wie Materialsperrung, Streikauflösung usw. gebraucht; vor allem ist aber eine starke Kriegskasse das zu erstrebende Ziel. 1910 kommt es zur Ausperrung, die nun einigen Städten nicht mitgemacht wird. Nach längerem Kampf wird wieder ein Tarifvertrag geschlossen.

Welche Anschauungen werden nun in Arbeitgeberkreisen miteinander ringen? Darauf läßt sich jetzt keine bestimmte Antwort geben, die nächsten Monate werden darüber bestimmten Ausschluß geben. Etwas zu erhoffen, was nach Lage der Verhältnisse gar nicht eintreten kann, wäre mehr als falsch. Nicht selten haben wir ganz falsche Anschauungen von dem, was überhaupt von der Gegenpartei bei den Tarifverhandlungen erwartet werden kann. Die Gründung der gelben Organisationen hat ja den Zweck, Arbeiter zur Vertreter von Unternehmerinteressen zu benutzen. Ein solches Verlangen ist naiv. Ebenso naiv ist es aber auch, von Unternehmerorganisationen die Vertretung von Arbeiterinteressen zu erwarten. Gewerkschaften, die Arbeitgeberinteressen und Unternehmerverbände, die Arbeiterinteressen vertreten wollen, sind widersinnlich. Solche Organisationen fallen auch über kurz oder lang auseinander. Ja, dann bleibt nur der Kampf? O nein. Der Tarifvertrag bedeutet einen Ausgleich der Interessengegenstände, er fordert, auch die Interessen der Gegenpartei zu würdigen. Die Einsicht, daß trotz der Gegensätze zusammengekommen werden muß, führt zum Tarifvertrag. Reale Kräfte haben dem Tarifgedanken zur Durchsetzung geholfen, seine Zukunft ist aber nicht minder von der richtigen Erkenntnis des Erreichbaren und Nützlichen — vor allem aber von dem sozialen Verständnis der Parteien abhängig. Wozu als die Berücksichtigung des Erreichbaren und des guten Willen zum Tarifabschluß zu gelangen, kann man nicht fordern. Auch wie es hiermit in Arbeitgeberkreisen sieht, läßt sich nichts genaues sagen. Neben uns auf das Schlimmste ein, dann erleben wir keine Enttäuschung. E. E.

### „Soll dir eine Tat gelingen, tu' sie selbst vor allen Dingen.“

Von einem Kollegen aus dem Süden wird uns geschrieben: Wenn viel über eine Sache geredet worden ist, dann hört man gar oft sagen: „Der Worte sind genug, nun laßt uns endlich Taten sehen.“ Ja, Taten wollen wir alle sehen. Erfolge für unsere Sache. Nicht nur der vorwärts strebende Gewerkschaftler, sondern selbst der Unorganisierte verlangt von der Organisation Taten. Sie ist nicht nur bei der Werbung von unorganisierten Kollegen: „Jetzt erst einmal, was ihr könnt, dann kommen wir auch.“ Schafft den Lohn mal höher, dann können wir auch die Beiträge bezahlen.“ Ein Kollege, der lange Jahre organisiert ist und vielleicht schon mehrere Male im Streikung wochenlang gekämpft hat, ohne etwas zu erreichen, dann mag es ja unwohl werden, wenn er solche Gespräche hört. Unwillkürlich kommt ihm etwas den Hals herauf, das ihn zu erwidern droht. Taten will der Unorganisierte sehen, aber daß er etwas getan hat. Als er, wenn er die Sache nicht gearbeitet hat, dann doch Gerechtigkeit von seinem Arbeitgeber Lohn beanspruchen darf. Er weiß genau, daß er das nicht kann. Warum fordert er denn von der Organisation erst Taten, die er selbst etwas leisten? Er betrachtet es als selbstverständlich, daß seine Mit Kollegen in der Organisation ihm den höheren Lohn verschaffen sollen, für den er nicht gekämpft und nichts getan hat. Wenn Unternehmer weiß, daß, wenn er nicht gearbeitet hat, er auch keinen Lohn bekommt. Der unorganisierte Kollege, der nach einer durch die Organisation erhaltene Lohnsteigerung diese auch in Empfang nimmt, mag sich vielleicht nicht einmal Gedanken darüber machen, daß er doch gar nichts getan hat für das, was er ohne Mühe einnimmt. Es ist dieses auch ein Zeichen unserer Zeit, daß der Sinn für Recht fast nur noch dort zum Ausdruck kommt, wo das Unrecht so groß ist, daß der Gewerkschaftler einsehen muß. Durch Recht aber dann liegt, daß man nur das für sich beansprucht, was andere ihm erben. ...

Streik oder eine Aussperrung kommt, dann gehen wir so lange nach Hause, bis die Aussperrung vorbei ist. Welche Unkenntnis liegt nicht in dieser Einwendung! Denken denn diese Kollegen, daß auch ihre Nachkommen noch so glücklich sein werden, ein Eigentum zu besitzen, worauf sie es schon einmal 8-10 Wochen ohne Verdienst aushalten können? Augenblicklich mag's noch reichen. Aber noch eine Teilung in 5-6 Teile, dann reicht's nicht mehr. Aber auch diesen Kollegen kann es doch nicht gleichgültig sein, wenn eine Aussperrung kommt, ob sie 8 oder 12 Wochen oder noch länger dauert. Es kann ihnen auch nicht gleichgültig sein, wie die Bewegung ausseht, denn sie leiden mit darunter, wenn der Lohn niedrig, die Arbeitszeit lang bleibt, die Behandlung schlecht ist. Ihr Verhalten trägt aber dazu bei, daß eine Aussperrung länger dauert, daß die Verhandlungen schwieriger werden, daß oft schon der Erfolg einer Bewegung von den Unorganisierten abhängt. Dem Schreiber dieses sagte einmal ein Unternehmer bei einer Unterhaltung über einen abzuschließenden Vertrag: „Ich habe gar keine Veranlassung, einen Vertrag abzuschließen, denn meine Leute wollen ja keinen Vertrag, und ich schließe keinen Vertrag ab, solange ich nicht dazu gezwungen werde. Können aber meine Leute alle und wollen einen Vertrag, dann muß ich.“ Das war der Standpunkt des Unternehmers, der den Unorganisierten hätte sagen müssen: Organisiert Euch, dann werden Eure Wünsche erfüllt. Die Unorganisierten taten es nicht und brachten so die organisierten Kollegen um den Erfolg eines 12wöchigen Kampfes. Wieviel Unrecht und Schuld die Unorganisierten durch ein solches Verhalten aufhäufen, mag folgendes zeigen: In einer benachbarten Stadt hatten die organisierten Kollegen im Jahre 1906 durch Vertrag den Lohn von 46 Pf. auf 57 Pf. pro Stunde bis zum Jahre 1908 gesteigert. Es wäre ein leichtes gewesen, auch in dem andern Städten denselben Lohn ohne Kampf durchzusetzen, wenn die Unorganisierten sich der Organisation angeschlossen hätten. Sie taten es nicht und mußten um 10 Pf. die Stunde billiger arbeiten, als die Kollegen der benachbarten Stadt. Und heute noch. Rechnen wir nun einmal nur vom Jahre 1908 bis zum Jahre 1912. Rechnen wir das Jahr zu nur 20 Arbeitstagen, so hatten diese Kollegen, da die zehnstündige Arbeitszeit bestand, sich selbst und alle andern um den Betrag von 250 M jährlich, oder von 1908 bis 1912 um 1000 M geschädigt, ohne den indirekten Schaden, der die Kollegen durch den 12wöchigen, aber eben in Folge des Verhaltens der Unorganisierten ergebnislosen Streik erwachsen war. Ist das nicht ein kaum wieder gut zu machendes Verbrechen? Diese Beispiele sollten den mit obigen Einwendungen kommenden Kollegen ganz energisch klar gemacht werden, damit sie nicht glauben, sie seien auch noch besser wie andere. Häufig jubelt man das. Man hört so oft bei den Unorganisierten von den organisierten Kollegen von den „Verbandsbrüdern“ reden. Es klingt da so etwas wie Geringachtung durch, als wollten sie sagen: „Wir sind doch bessere Menschen.“

Diese schärfere Auffassung müssen sie schwinden lassen. Auch sie müssen erkennen lernen, daß es hohe sittliche Grundzüge sind, die das Wesen der gewerkschaftlichen Organisation ausmachen. Und deshalb ist es an der Zeit, daß sie man endlich ihr arbeitsfähigendes Verhalten aufgeben und sich der Organisation anschließen. Wenn auch der eine oder andere es selbst nicht notwendig zu haben glaubt, dann soll er es seiner Mitbrüder wegen tun, deren es tausende gibt, die es notwendig haben, die nichts anders ihr eigen nennen, als ihre Arbeitskraft. An diese soll er denken und zur Hilfe bereit sein. Besonders jetzt zu den Feiertagen und am Schluß des Jahres sollten sie sich einmal fragen, wieviel Unrecht sie auf dem Gewissen haben und sich dann fragen: Jetzt mit dem neuen Jahre willst auch Du ein anderer werden und tun, was meine Kollegen schon jahrelang getan haben, jetzt will auch ich ein Kämpfer für meine und meiner Mitbrüder Sache werden und durch besonderen Eifer gut zu machen suchen, was ich bisher gefehlt habe. Sie aber wollen auch die Feiertage nicht unbenuzt vorüber gehen lassen, die Tage, die so manche wieder nach langer Zeit zusammenführen, dazu benutzen, den einen oder andern für die Organisation zu gewinnen. Das Jahr 1913 steht vor der Tür. Sorgen wir durch vernünftigen Eifer, daß das Jahr 1913 uns nicht Unheil bringt, sondern daß wir am Schluß des Jahres 1913 sagen können: „Es ist uns gelungen, was wir getwollt haben.“

### Die Vermehrung der Arbeitskämpfe — wessen Schuld?

In einer der letzten Nummern der „Soz. Revue“ zeichnet Dr. Saldemar Zimmermann zu Hand zweier Statistiken die Entwicklung der Streiks und Aussperrungen seit 1900. Es ergibt sich da folgendes Bild: Nach der amtlichen Statistik ist die Zahl der Streiks insgesamt von 1905/07 bis 1909/11 von 266 auf 2072 gestiegen, also um mehr als ein Fünftel. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage sank in der Zeit von 2,5 Mill auf 5 Mill. Eine Statistik der Generalkommission der freien Gewerkschaften, die zwischen August- und Novemberstreiks unterscheidet, sich aber nur auf Bewegungen erstreckt, an denen freie Verbände beteiligt waren, verzeichnet für erstere in der letzten Zeit eine Abnahme von 1647 auf 1307, während die Zahl der Streiktagelöhne sich von 552 auf 949 steigerte. Diese letztere Feststellung ist sehr beachtenswert. Aber geradezu ungeheuerlich haben sich die Aussperrungen vermehrt. Die Statistik der Generalkommission

verzeichnet (es ist, wie auch bei den vorher genannten Zahlen, der Durchschnitt von je drei Jahren berechnet) für 1900/02 46, für 1905/07 332 und für 1909/11 461 Aussperrungen. Die Beteiligungsziffer betrug 3000, 114 000, 124 000. Die amtliche Statistik verzeichnet an Aussperrungen: für 1900/02 89, für 1905/07 266 und für 1909/11 487. Die Zahl der Beteiligten stellte sich auf 8300, 92 300, 125 100. Noch bezeichnender sind die Ziffern über die durch Streiks und Aussperrungen verloren gegangenen Arbeitstage. Es ergibt sich da folgendes Bild (nach der amtlichen Statistik):

	Verlorene Arbeitstage	
	Streiks	Ausperrungen
1900/02	2 278 000	421 000
1905/07	9 639 000	3 551 000
1909/11	5 012 000	6 114 000

Also seit 1905/07 abnehmende Tendenz bei den Streiks, zunehmende Tendenz bei den Aussperrungen, also der von den Unternehmern hervorgerufenen Arbeitskämpfe. Aber noch eins muß hier in Rechnung gestellt werden. Dr. Zimmermann fährt fort:

„Die Entwicklung der Anteilziffer der Arbeiterorganisationen an den Arbeitskämpfen läßt sich aber erst in ihrer wahren Bedeutung beurteilen, wenn man die ungeheure Entfaltung der deutschen Arbeiterorganisationen berücksichtigt. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts zählten die drei unabhängigen Gewerkschaftsrichtungen Deutschlands rund 750 000 Mitglieder, um die Mitte des verflossenen Jahrzehnts fast 1 1/2 Millionen und im Durchschnitt der letzten drei Jahre 2 1/2 Millionen. Das ist — in Verhältniszahlen ausgedrückt — ein Entwicklungstempo von 100:215:330. Während die Gewerkschaftsbewegung sich weit mehr als verdreifacht und ihre Einnahmen (1900/02 rund 10 1/2, 1910 73 Mill. Mark) siebenfach hat, sind die Streiks in Deutschland nach Zahl und Beteiligungsziffer etwa nur auf das Doppelte angewachsen. Notabene kommt von diesen Streiks ein Viertel nicht einmal auf das Konto der Gewerkschaften, denn nach der amtlichen Streikstatistik erfolgten im Durchschnitt der letzten drei Jahre je 560 Streiks mit jährlich mehr als 25 000 Beteiligten „ohne Einwirkung von Berufsvereinigungen oder dritten Personen auf den Ausbruch oder die Unterstützung des Streiks“. Im letzten Jahrzehnt sind weit über 5000 Streiks mit etwa 1/4 Million Beteiligten von unorganisierten Arbeitern, ohne Eingreifen von Gewerkschaften, ausgedacht worden.“

Angeichts dieser Feststellungen schreibt Dr. Zimmermann dem Scharfmachertum, das sich über angebliche Schädigung des deutschen Volkvermögens durch Streiks nicht genug entrüsten kann, folgendes ins Stammbuch:

„Mit dem „steigenden Streikparoxysmus“, den man den Gewerkschaften vorwirft, ist es also nicht allzu schlimm bestellt. Ein ganz anderes, wahrhaft schreckhaftes Bild aber enthält uns die Statistik auf der Seite der Aussperrungen, da, wo der Kampfsator der Arbeitgeber und ihrer Verbände in Frage kommt. Eine Parallele zwischen Aussperrungswachstum und Mitgliederzunahme der Arbeitgeberorganisationen ist leider nicht angängig. Aber auch die absoluten Ziffern der Aussperrungen, die nach der Gewerkschaftsstatistik eine Verzehnfachung, nach der amtlichen Statistik eine Verzwölffachung aufweisen, sprechen für sich ihre fürchterliche Sprache. Zieht man gar erst den Umfang des Aussperrungsstrieges in Betracht, so springt das Wachstumstempo in noch wilderen Sätzen. In den letzten Jahren gingen bereits mehr Arbeitstage durch Aussperrungen als durch Streiks verloren! Wenn in der Arbeitgeberpresse von den volkswirtschaftlichen Gefahren des Streiks geredet wird, warum spricht man nicht gleichzeitig von den Schädigungen der Industrie und der Arbeiterschaft durch das unauffällig um sich greifende Aussperrungsflieber?“

Die Antwort auf die letzte Frage ist leicht gegeben: Deshalb nicht, weil die Beantwortung nicht in die Materialsammlung für die so heiß ersehnte Zuchthausvorlage hineinpaßt. Es ist wirklich eine Ironie der Zeitgeschichte, daß Leute, die vom Kampfrecht einen so weitgehenden Gebrauch machen, daß schon seit Jahren die Mehrzahl der Kämpfe auf ihr Schuldkonto entfällt, nunmehr von dem Staate verlangen, er solle für eben diese Kämpfe die Arbeiter mit Zuchthausstrafen bedrohen. Man wird da noch oft auf vorstehende Feststellungen zurückgreifen müssen, weil sie unwiderleglich zeigen, wo, um im Jargon der Scharfmacherpresse zu reden, das größere Maß von „Gewissenlosigkeit in der Anzettelung frivoler Arbeitskämpfe“ vorhanden ist.



### Allgemeines.

**Konsumvereine, christliche Gewerkschaften und fachlich-kaufmännische Vereine.** Der Verband katholisch-kaufmännischer Vereine hat zu der Frage: Christliche Gewerkschaften und Konsumvereine neuerdings einen weiteren Artikel an die Presse versandt, worin er sich zunächst über den Ton unserer früheren Erwiderung äußert und weiter den Vorwurf erhebt, wir seien in unserer Erwiderung nicht auf den Kern der Streitfrage eingegangen. Was den ersten Vorwurf anbelangt, so sei festgestellt, daß, wenn man unsere Bewegung mit der Sozialdemokratie in einen Topf wirft, jede sachliche Diskussion aufhört. Die sachlichen Gesichtspunkte, die die Faltung der christlichen Gewerkschaften in der Konsumvereinsfrage bestimmen, sind schon so oft dargelegt worden, daß eine erneute Begründung überflüssig erschien.

\* \* \*

**Sozialdemokraten in der Praxis.** „Die Hauptsache ist nicht, daß wir dies oder jenes erreichen, sondern daß wir Forderungen stellen, die keine andere Partei stellen kann.“ Nach diesem Ausspruch Wobels hat die Sozialdemokratie bislang konsequent gehandelt — wo sie in der Minderheit war, es also für sie ungefährlich war, recht weitgehende Forderungen zu stellen. Nun kommt es aber auch schon mal vor, daß die Sozialdemokraten mal irgendwo die Mehrheit erlangen, z. B. in einer Stadtverwaltung. Da fängt's an, brenzlich zu werden. Da gibt's nämlich immer so naive Menschen, die mancherlei vermeintlich berechnete Wünsche an den roten Stadtrat zu stellen sich die Freiheit herausnehmen und in ihrer Naivität sogar annehmen, eines recht weiten Entgegenkommens seitens der roten Stadtväter sicher zu sein. Warum sollten sie auch nicht? Dieselben Anträge stellen die Herren Sozialdemokraten ja sonstwo auch an die Stadtverwaltungen, meist nur noch viel weitgehender. Also — Ein solch lehrreicher Fall passierte neulich in Offenbach am Main. Offenbach hat das „Städ.“ — die Sozialdemokraten selbst werden's vielleicht ein Unglück nennen — von einem roten Stadtrat regiert zu werden. Natürlich gibt's in Offenbach auch Leute, die an einen hohen Stadtrat Wünsche haben. Um die es sich hier handelt, waren nicht einmal unbescheidene, jedenfalls aber keine unverschämten, wie sie die Sozialdemokraten oft stellen. Doch lassen wir dem sozialdemokratischen „Offenbacher Abendblatt“ das Wort, um zu hören, wie die Geschichte weiterging. Es schreibt in seiner Nr. 272 vom 20. November 1912:

„Im Wünschen und Fordern ist man in Offenbach der Stadtverwaltung gegenüber nicht gerade schüchtern, besonders dann nicht, wenn die Mehrheit im Stadtparlament wieder, wie eben jetzt, eine „rote“ ist. Aus einer einzigen Sitzung des Verfassungs- und Vermögensausschusses, und zwar aus der letzten, gestern tagenden, wollen wir heute eine kleine Blütenlese solcher Wünsche geben: Nachdem beschlossen war, bestimmten Kategorien von Personal- und Einkommensklassen die Einkommensteuer bzw. andere Gemeindesteuern zu erlassen — was eine jährliche Einnahmeverminderung von mindestens 50 000 M für die Stadt bedeuten dürfte —, hatte sich der Ausschuss zu beschäftigen mit dem Gesuch a) des Gastwirtvereins Offenbach um Aufhebung der Verbrauchssteuer für Wein, b) der Oberverkaußpächter am Wilhelmplatz um Herabsetzung der Pacht für die Wintermonate, c) der jüngeren städtischen Gehilfen (von 21—25 Jahren) um eine Feuerungszulage und um Berücksichtigung bei der allgemeinen Gehaltsregulierung, d) der städtischen Feuerwehrgehilfen usw. um Erhöhung ihres Kleidergeldes. Alle diese Wünsche konnten natürlich nicht erfüllt werden, einige wurden abgelehnt, andere vorläufig „vertagt“. Die Abgewiesenen werden zweifellos enttäuscht sein und ihrem Unmut mehr oder weniger deutlichen Ausdruck geben. Das sind unsere Stadtväter nachgerade gewöhnt, denn trotz allem erdenklichen Entgegenkommen können sie natürlich nicht sämtliche, immer noch sich steigenden Wünsche erfüllen. Schließlich muß man doch auch fragen, woher denn all das Geld genommen werden soll (Hört, hört! Red.), das die Erfüllung aller dieser Wünsche erfordern würde. Was würden übrigens denn die Bittsteller und Fordernden sagen, wenn ihnen demnächst die Rechnung präsentiert werden sollte in Gestalt eines noch kräftiger als bisher gefalzten Steuerzettels?“

Das ist grausam vernünftig gesprochen. Nur zwei Fragen mit Verlaub: 1. Was würde passiert sein, wenn eine bürgerliche Mehrheit die bezeichneten Wünsche abgelehnt hätte? Antwort: Die Offenbacher Sozialdemokraten hätten Tobjatsanfälle bekommen und lägen in Schimpfkrämpfen. Und 2: Hat die Sozialdemokratie bei Stellung ihrer Anträge zur Reichsversicherungsordnung auch einmal gefragt, „woher denn schließlich all das Geld genommen werden sollte?“ Das hat sie nicht getan. Aber die christlichen Arbeitervertreter im Reichstag haben es getan. Dafür wurden sie dann von der Sozialdemokratie in gemeinster und niederträchtigster Weise beschimpft und in den Kot gezogen.

\* \* \*

**Die gelben Werkvereine als Brutstätten für die Sozialdemokratie.** In Augsburg, de Geburtsstätte der „Gelben“, ist bei der vor einigen Tagen stattgefundenen Gewerbegerichtswahl die gelbe Idee elendiglich zusammengebrochen. Im Jahre 1905 wurden dieselben von den Arbeitgebern gegründet, angeblich wegen dem gewaltigen Terrorismus der Sozialdemokratie. Im Jahre 1907, bei der damaligen Gewerbegerichtswahl, stellten auch die „Gelben“ eine eigene Liste auf. Sie erzielten damals, als sie noch im Aufsteigen begriffen waren, eine Stimmenzahl von 2297, und erhielten somit sieben Beisitzer für das Gewerbegericht. Während dieser Zeit von damals hat sie nicht nur die Arbeiterschaft erfahren, daß die ihnen gegebenen Versprechungen nicht nur nicht gehalten, sondern ihre Lage von Jahr zu Jahr verschlechtert wurde. Dadurch wurde eine gewaltige Erbitterung in die Reihen

der „Gelben“ hineingetragen, so daß es leicht begrifflich erschien, daß dieselben bei gegebener Gelegenheit für die Sozialdemokratie vollständig reif würden. Und so ist es auch gekommen. Bei der am 3. Dezember d. J. stattgefundenen Gewerbegerichtswahl ging die Stimmenzahl der „Gelben“ von 2297 auf 1412 zurück und verloren drei Beisitzer, die vollständig der Sozialdemokratie zugute kamen. Ein sehr wichtiges Moment hierbei ist, daß bei den letzten politischen Wahlen diese Arbeiterschaft dem Linksbund, das heißt der Sozialdemokratie, direkt in die Arme geführt wurde. Dadurch ist erwiesen, daß die gelben Werkvereine nichts weiter als Erziehungsanstalten für die Sozialdemokratie darstellen. Die Herren Arbeitgeber haben also hier ein jedenfalls nicht gekanntes blaues Wunder erlebt. Trotzdem sie in den letzten Tagen noch gewaltige Anstrengungen machten, zum Beispiel die Stimmgeld der „Gelben“ vor allen Fabriken, auch vor solchen, in denen keine gelben Vereine sind, verteilen ließen, trotzdem sie bei der Ausschreibung der Legitimation zum Wählen ebenfalls noch einen gelben Stimmgeld beilegten, und trotzdem sie einen Redner aus Essen herbeiholten, der die „Gelben“ neu begeistern sollte, trotz alledem mußten die Herren Arbeitgeber sehen, daß die mit großer Mühe und vielem Gelde aufgepöppelten „Gelben“ der gelben Fahne untreu wurden und der roten Fahne nachliefen, und im Hafen der Sozialdemokratie gelandet sind. Ob nun diese Arbeiterschaft, die da von einem Extrem ins andere gefallen ist, bei der Sozialdemokratie ihr Glück finden wird? Die christliche Arbeiterschaft hat trotz der Gegnerschaft von allen Seiten ihre Stimmenzahl erhöht und ihre bisherigen Beisitzer behalten.

\* \* \*

**Das Koalitionsrecht um ein Weihnachtsgeschenk.** Die Direktion der Ammendorfer Papierfabrik hat nachstehende Bekanntmachung in ihrem Betrieb angehängt:

#### Bekanntmachung.

Die Vorkommnisse im Frühjahr haben leider gezeigt, daß die kurz vorher verteilten Weihnachtsgeschenke nicht die Aufnahme gefunden haben, die wir erhoffen und erwarten müssen. Es ist selbstverständlich, daß die betreffenden Elemente die Vergünstigungen nicht mehr erhalten können, andererseits möchten wir aber nicht, daß die guten Leute mit darunter leiden sollen.

Wir stellen es daher jedem Beschäftigten anheim, der sich um ein Weihnachtsgeschenk bewirbt, im Kontor durch seine Unterchrift auf Wahrheit und Ehre zu erklären, daß er keiner Organisation angehört und einer solchen nicht beitreten wird.

Alsdann werden wir bei dem Aufsichtsrat befürworten, den Unterzeichneten in der Liste ein Weihnachtsgeschenk von

- M 30 für verheiratete Männer,
- M 15 für unverheiratete

seit dem 31. August 1912 bei uns Beschäftigte zu bewilligen.

Kadewell, den 31. Oktober 1912.

Die Direktion der Ammendorfer Papierfabrik A.-M. gez.: Holz. Fahner.

Wie müssen diese Menschen doch die Organisation hassen. Um ein Weihnachtsgeschenk sollen die armen Proletarier auf ihr vornehmstes Recht zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen, des Koalitionsrechts, verzichten. Hoffentlich haben sie Rückgrat genug, dieses unwürdige und entehrende Verlangen zurückzuweisen. Nebenbei gesagt, verteilte die Ammendorfer Papierfabrik im vorigen Jahre 22 Prozent Dividende.

\* \* \*

**Eine Ehrung für Frhr. v. Berlepsch.** Ein Vorgang auf dem achten Kongress der christlichen Gewerkschaften in Dresden verdient einer besonderen Hervorhebung, weil er Zeugnis davon ablegt, daß Dankbarkeit in der christlich-nationalen Arbeiterschaft kein leerer Wahnsinn ist. Als Staatsminister a. D. Frhr. von Berlepsch sein eindrucksvolles Referat über das Schieds- und Einigungsweien erstattet hatte, machte der Kongressvorsitzende Abg. Schiffer, unterbrochen durch wiederholte Beifallsausbrüche, folgende Ausführungen:

„Wir stehen unter dem Eindruck der Ausführungen des hochverehrten und hochverdienten Referenten. Freiherr von Berlepsch war einer der ersten Vorkämpfer und Pioniere der Sozialpolitik. Schon als Regierungspräsident in Düsseldorf hat er die Fahne der Sozialpolitik vorangetragen, zu einer Zeit, wo die Aussichten für die Sozialpolitik noch trübe waren, da die Macht der Gegner noch groß war. Und dann hat er als Handelsminister bei der Regierung seinen ganzen Einfluß für eine gesunde soziale Entwicklung in die Waagschale gelegt. Und jetzt? Nun — ein Parlamentarier hat im Reichstag einmal gesagt: Minister sind wie Blumen auf dem Felde — sie kommen und sie gehen wieder. Auch Freiherr von Berlepsch ist den Weg aller Minister gegangen; er ist indirekt das Opfer der Sozialdemokratie und direkt das Opfer des Scharismachertums geworden. Der Minister Freiherr von Berlepsch hat, dem Druck nachgebend, demissioniert; aber der Sozialpolitiker Freiherr von Berlepsch hat nicht demissioniert. (Sturm. Beifall.) Er hat, nachdem er von seinem Ministerposten zurückgetreten war, sich nicht zur Ruhe gesetzt, sondern ist von neuem an die sozialpolitische Arbeit gegangen. Die Gesellschaft für Soziale Reform ist sein Werk, er hat ihr den Stempel seiner Persönlichkeit aufgedrückt.“

Freiherr von Berlepsch wird in einigen Wochen das 70. Lebensjahr vollenden. Wenn wir auch keinen Personenkultus treiben — das eine darf ich in dieser Stunde im Namen Hunderttausender christlich und national denkender Arbeiter erklären: was Freiherr von Berlepsch in seinem reichen Leben, in einem Menschenalter für das Vaterland und für die Arbeiterschaft gewirkt, geopfert, gekämpft und gelitten hat, das wird ihm unvergessen bleiben. (Stürmischer Beifall.) Die christlich-nationale

Arbeiterbewegung kennt noch Dank und Anerkennung, und sie wird das Denkmal, das Freiherr von Berlepsch sich selbst in unseren Herzen gesetzt hat, dauernd in Ehren halten. Wir behalten uns einen besonderen Ausbruch dieses Dankes für eine spätere Gelegenheit vor, aber wir wünschen heute schon Sr. Excellenz einen glücklichen Lebensabend, weitere volle Gesundheit und Mäßigkeit und Gottes reichsten Segen.“ (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

### Beginn der Tarifverhandlungen.

Am 29. Dezember beginnen im Rathause zu München die Verhandlungen über die Tarifverneuerung. Zunächst handelt es sich nur um eine Vorbesprechung, zu einer materiellen Verhandlung über etwaige Änderungen des bestehenden Vertrages dürfte es noch nicht kommen. An der Vorbesprechung nehmen seitens unseres Verbandes teil die Kollegen Niedberg, Schmidt und Becker, Berlin, sowie Brüdner, München.

### Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: **Mülheim-Ruhr** (Sperrt über die Firma Kutz und Hofmeier wegen Nichtannahme des Tarifs), **Cöln** (für Plattmeyer die Zwischenmeister G. & S. v. Gelsenkirchen (Niederleger) (Sperrt über die Firma Hünnebeck & Co.), **Witburg**, Eifel (Sperrt über die Firmen Gascon jr. und sen. wegen Maßregelung), **Witten** (Sperrt über den Bauunternehmer Buhmann wegen Nichtannahme des Tarifvertrages), **Hamm** (Westf.) (Streik der Stukkateure), **Duisburg-Oberhausen** (Streik der Arbeiter bei den Firmen Dertgen und Schulte und bei der deutschen Asbestgesellschaft.) Bezug ist fernzuhalten.

#### Stukkateure.

**Hamm** (Westf.), 8. Dezember. Der Streik der Stukkateure, welcher 10 Wochen dauerte, ist am 16. Dezember beendet worden. Durch die Vermittlung des Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Herrn Stadtrat Schlichter, kamen Einigungsverhandlungen zustande und es wurde eine Einigung erzielt. Der Kampf wurde mit großer Energie geführt. Die Arbeitgeber waren während des Kampfes gegen die Führer der Organisation so feindselig geworden, daß sie die Teilnahme derselben an den Einigungsverhandlungen ablehnten. Nachdem muß ihnen jedoch zum Bewußtsein gekommen sein, daß dieses ein vergeblich Beginnen sei, und erklärten sie sich bereit mit den beiderseitigen Bezirksleitern in Gemeinschaft mit 4 Kollegen der Stukkateure zu verhandeln. Ein von den Arbeitgebern bestellter Vertrauensmann, Herr Obermeister Meyer, nahm an den Verhandlungen teil. Derselbe war redlich befreit, eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen, und hat ein gut Stück dazu beigetragen, was anerkannt werden soll. Der Erfolg der Verhandlung ist: der bisherige Tarif bleibt in Geltung. Ab 1. April 1913 tritt eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde ein. Die Bauhilfsarbeiter des Stuckgewerkes erhalten ab genanntem Datum den Lohn, wie er für die Bauhilfsarbeiter im Baugewerbe Geltung hat. Ein Lohnabzug derjenigen, welche schon höhere Löhne haben, findet nicht statt. Die Arbeitszeit bleibt bestehen. Die Vergütung für Mittagessen bei Arbeiten, wo die Arbeiter mittags nicht nach Hause gehen können, wird um 25 Pf. erhöht. Die Vergütung bei auswärtigen Arbeiten, wo abends nicht nach Hause gefahren werden kann, wird von 1,20 auf 1,50 M erhöht, nebst Kosten der Bahnfahrt. Wo keine Gelegenheit ist, wird wöchentlich 50 Pf. für evtl. Abnutzung des Jahres abgezahlt. Der Tarif gilt auf dieselbe Dauer, wie ein evtl. im Frühjahr 1913 im Stuckgewerbe abgeschlossener Tarif für Dortmund und Münster Geltung haben wird. Wird in diesem Tarif eine Lohnerhöhung festgesetzt, so tritt auch für Hamm dieselbe ein, und zwar in der Form, daß aus der Differenz des Lohnsatzes zwischen Hamm und Dortmund das Mittel der Differenz zwischen beiden Städten als Lohnsatz gilt. Im übrigen bleibt der Inhalt des bisherigen Tarifes bestehen. Der Kampf hätte zweifellos vermieden werden können, wenn die Arbeitgeber nicht so hartnäckig auf dem Standpunkt verharrten, unter allen Umständen den alten Tarif ohne jede Veränderung bis zum 31. März 1913 verlängern und dann erst in neue Verhandlungen eintreten zu wollen. Was dann geschah, war den Kollegen klar. Unsere Kollegen können angeichts der Umstände mit dem Erfolg zufrieden sein. Wir haben im wesentlichen erreicht, was wir wollten. Der Kampf war für unsere Kollegen eine Feuerprobe. Dieselbe ist gut bestanden. Es war ein ehrenvoller Kampf, wobei auch nicht einer, trotz den Verlockungen der Unternehmer, untreu geworden ist. Eine gute Lehre haben wir aus diesem Kampfe gezogen, daß man nicht den radikalen Draufgängerum Gehör schenken, sondern unserer Führern volles Vertrauen schenken muß, wenn sie uns Ratschläge und Mahnungen geben. Mögen alle Kollegen dieses beherzigen für die Zukunft. Den langen und schweren Kampf haben wir nur einigen unsozialistischen Elementen zu verdanken, welche es übers Herz bringen konnten, uns rücksichtslos, und gar als Rache gegen die Organisation in den Rücken zu fallen, und die Arbeiten fertig zu machen. Ein trauriger Anblick war, diese Menschen Tag für Tag von 3—4 Postkutschmannschaften, Unternehmer und Geschäftsführer, von und zur Arbeit begleitet zu sehen. Unsere Kollegen werden dieses nicht vergessen. Im übrigen hat der starke Zug, mit dem wir zu kämpfen hatten, gezeigt, daß wir in Friedenszeiten (d. h. jetzt wieder) bedacht sein müssen, die Unorganisierten zu organisieren und sie, zugleich zu erziehen, daß sie uns keine Gefahr in Kampfeszeiten bilden. Darum muß von jetzt ab mit allen Mitteln versucht werden, den letzten Unorganisierten in die Organisation zu bringen. Wenn keine Unorganisierten mehr da sind, dann ist leichter kämpfen in der Zukunft. Möge diese Lehre beherzigt werden. Darum Hand aus Werk auch bei den andern Verufen.



